

Nicht in unserem Namen!

Annexion palästinensischer Gebiete - und die deutsche Politik schaut zu?

Seit 72 Jahren leiden Palästinenser unter Zerstörung und Vertreibung und seit 53 Jahren unter dem israelischen Besatzungsregime. Weder Aufstände noch gewaltlose Widerstandsformen, weder Verhandlungen noch Appelle an die Vereinten Nationen haben sie dem ihnen zugesprochenen eigenen Staat und einem Leben in Würde und Selbstbestimmung näher gebracht. Die deutsche Außenpolitik hat sich jahrzehntelang zur „Zwei-Staaten-Lösung“ bekannt, aber tatenlos zugesehen, wie der Staat Israel durch völkerrechtswidrige Enteignung und Besiedlung palästinensischen Landes vollendete Tatsachen geschaffen und diese politische Lösung immer unmöglicher gemacht hat.

Nun hat die Weltmacht USA unter Präsident Donald Trump jede Vermittlerrolle im Nahostkonflikt aufgegeben und sich auf die Seite der nationalreligiösen Kräfte in Israel gestellt, die ein Großisrael in vermeintlich biblischen Grenzen anstreben. In der Konsequenz droht die einseitig von Israel verfügte Annexion von ca. 30% des palästinensischen Westjordanlandes und damit das endgültige Aus für einen lebensfähigen Staat Palästina. Die Opposition der Friedenskräfte in Israel und Palästina gegen diese Politik wird ignoriert.

Diese Situation ist die Nagelprobe auf die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik: ob es ihr mit dem Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung ernst ist und ob sie internationales Recht ausnahmslos achtet und auch durchzusetzen hilft – oder im Fall Israels mit doppelten Standards misst. Es ist zu befürchten, dass auch die im Koalitionsvertrag der neuen israelischen Regierung angekündigten Annexionen wieder nur „mit dem Ausdruck großer Sorge“ hingenommen werden. Mit einer solchen Außenpolitik sind wir nicht einverstanden und erklären:

Nicht in unserem Namen!

Mit der deutschen Schuld am Holocaust darf keine Komplizenschaft mit neuem Unrecht begründet werden. Wir ziehen aus Holocaust und Nazizeit den Schluss, dass wir Deutschen unterschiedslos für die Menschenwürde eintreten und uns für die Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht einsetzen müssen. Palästinenser haben die gleichen Menschenrechte wie Juden!

Von der deutschen Politik fordern wir, dass sie – möglichst zusammen mit anderen EU-Ländern – der israelischen Regierung klar macht, dass sie die geplante Annexion nicht hinnehmen wird und bei einer tatsächlichen Annexion klare Konsequenzen ziehen wird, nämlich

- die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens, bis Israel die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts garantiert, wie es in Artikel Zwei des EU-Israel-Abkommens erfordert ist,
- die Einstellung jeder militärischen Zusammenarbeit mit Israel einschließlich des Rüstungshandels und
- ein konsequent kontrolliertes Importverbot für israelische „Siedlungs“produkte.

Wir fordern, dass sich auch das Verhalten in UN-Vollversammlungen ändert und Deutschland sich den 138 Staaten anschließt, die eine Staatlichkeit Palästinas anerkennen.

Internationale katholische Friedensbewegung pax christi/Diözesanverband Freiburg - Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden - Immanuel-Kant-Stiftung - Café palestine - Freiburger Friedensforum

Nicht in unserem Namen!

Begrüßungsrede zur Kundgebung am 27. Juni 2020 auf dem Augustinerplatz in Freiburg

Guten Morgen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Friedensfreund*innen und Menschenrechtsengagierte,

Ich freue mich, dass Sie gekommen sind und begrüße Sie zu dieser Kundgebung. Mein Name ist Manfred Jeub, ich bin Evangelischer Pfarrer im Ruhestand und werde im Auftrag unseres Vorbereitungsteams diese Veranstaltung moderieren.

Wir haben uns heute auf diesen Platz gestellt, weil uns politische Verantwortung dazu drängt, zuerst soll aber von einer anderen Verantwortung die Rede sein in diesen Pandemiezeiten. Wir haben Auflagen für diese Veranstaltung bekommen, die wir gerne respektieren, und dafür bitte ich Sie um Ihre Mithilfe. Es geht, das wissen Sie alle, auch im Freien darum, dass keine sich drängelnde Menschenmenge entsteht, sondern ein Mindestabstand eingehalten wird. Ihr Nächster, den Sie bekanntlich lieben sollen wie sich selbst, ist anderthalb Meter entfernt. Einen Mundschutz zu tragen ist empfohlen, gerade wenn diese Kundgebung viel Zuspruch erfährt. Wegen der Abstandsregel ist uns das Austeilen von Info-Material nicht erlaubt. Wir halten stattdessen auf Info-Tischen ein reichhaltiges Angebot für Sie bereit, das Sie sich ohne Gedränge abholen können. Wir sind verpflichtet, Ordner zu stellen, die Sie an weißen Armbinden erkennen. Bitte machen Sie diesen Ehrenamtlichen das Leben nicht schwer, sondern folgen Sie ihren Aufforderungen, wo das nötig werden sollte. Soweit die nötigen Regularien.

Ich komme jetzt zu der Frage: **Wer trägt diese Kundgebung? Wer sind die Veranstalter?** Dort hinten (am Pavillon?) können Sie die Logos von 5 Organisationen sehen, die mit einer Erklärung, die ausliegt, offiziell zu der Kundgebung aufrufen. Es sind Pax Christi und Café palestine, das Freiburger Friedensforum, die Immanuel-Kant-Stiftung und das Forum Friedensethik in der Badischen Landeskirche, dem ich angehöre. Bei der Vorbereitung haben aber auch Leute mitgeholfen, die nicht aus diesen Organisationen kommen, sondern persönliche Beziehungen in die Konfliktregion Israel/Palästina haben und die Schlimmes befürchten.

Damit bin ich beim Punkt: **Worum geht es?** Zu den großsprecherischen Projekten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump gehört ein „Deal des Jahrhunderts“, ein angeblicher Friedensplan für den Nahostkonflikt, den er zusammen mit Benjamin Netanjahu verkündete, an dem aber die Seite, mit der da Frieden geschlossen werden soll, die palästinensische, überhaupt nicht beteiligt war. Das hat die rechten Kräfte in Israel zu dem Wahlkampfversprechen ermutigt, einen Teil des palästinensischen Gebietes im Jordantal zu annektieren, und nachdem Benjamin Netanjahu weiter regiert, steht die geplante Annexion jetzt auch im Koalitionsvertrag und soll bereits im nächsten Monat in Angriff genommen werden. Über dieses Vorhaben besteht völkerrechtlich überhaupt kein Zweifel. Der luxemburgische Außenminister, sagte auf die Frage ob sein Vergleich mit der Annexion der Krim durch Russland nicht übertrieben sei: „Nein, ich sehe da überhaupt keinen Unterschied. Eine Annexion ist eine Annexion. Sie ist eine der größten Verletzungen des Völkerrechts. Auch die Vereinten Nationen haben sich klar positioniert.“ Wir haben dieser Kundgebung den Titel gegeben:

Nicht in unserem Namen!

Damit meinen wir die lange Zeit betriebene deutsche Nahostpolitik, die u. E. nicht unschuldig daran ist, dass jetzt dieser kritische Punkt erreicht ist, der mit Sicherheit neues Unrecht erzeugt und im schlimmsten Fall einen neuen Gewaltausbruch. In dem Musterbrief an die Freiburger Bundestagsabgeordneten, den wir Ihnen anbieten, ist das so formuliert: „Die deutsche Nahostpolitik hat sich jahrzehntelang zur „Zwei-Staaten-Lösung“ bekannt, aber tatenlos zugesehen, wie der Staat Israel durch völkerrechtswidrige Enteignung und Besiedlung palästinensischen Landes vollendete Tatsachen geschaffen und diese politische Lösung immer unmöglicher gemacht hat.“

So weiter zu machen, im Falle Israel weiter ein Auge, nein, bei dem klaren Völkerrechtsbruch einer Annexion alle beide zuzudrücken, geht nicht und geschieht

Nicht in unserem Namen!

Wir erwarten vom deutschen Außenminister jetzt mehr als wieder nur den „Ausdruck der Besorgnis“, wir erwarten eine Sanktionierung. Krim und Westbank – Bitte kein zweierlei Maas!

Worum also geht es uns heute? Wir möchten Ihnen **detailliertere Information über die Problematik** anbieten. Dabei stehen Quellen aus der Opposition in Israel ganz vorne. Denn wir möchten Ihnen unbedingt zeigen: Die israelische Regierungspolitik – das ist nicht einfach „Israel“, so wenig Hamasideologen für „die Palästinenser“ stehen.

Wir möchten Sie zweitens ermutigen, zu dem Unrecht, das sich da vor unseren Augen abspielt, offen Ihre Meinung zu sagen und sich damit bei den gewählten Volksvertretern bemerkbar zu machen. Dazu leben wir in einer Demokratie, aber wir kennen inzwischen auch die Praktiken der Einschüchterung bei diesem Thema. Ich gebe ein Beispiel: Im Forderungskatalog, den wir Ihnen anbieten, steht u. a.: Wir fordern ein konsequent kontrolliertes Importverbot für israelische Siedlungsprodukte. Das bedeutet eine *staatliche Sanktion*, wie sie bei Völkerrechtsverletzungen praktiziert wird. Wenn Sie keinen Krim-Sekt mehr bekommen, dann hat das seinen Grund in einer EU-Sanktionsbestimmung gegen Russland. Zweitens sagt diese Forderung nicht: Kauft keine Waren aus Israel, sondern: Wir kaufen keine Produkte aus unrechtmäßig angeeigneten Gebieten. Denn Annexion darf sich nicht lohnen. Das ist eine einleuchtende, ethisch korrekte Forderung. Lassen Sie sich nicht bluffen, das sei BDS, das sei antisemitisch. Letzte Trümmer meiner Loyalität verbieten mir hier auf dem Freiburger Augustinerplatz beim Namen zu nennen, wer mir solchen Quatsch im Vorfeld geschrieben hat, um ja nicht mit Israelkritik in Verbindung gebracht zu werden. Wann wird endlich aus der Vergangenheit die Lehre gezogen, dass Schweigen zum Unrecht nicht Gold, sondern Schuld ist?

Zum Schluss ein knapper Überblick über den Verlauf der Kundgebung: Wir machen **vier Stundenblöcke**, die immer zur vollen Stunde beginnen.

Wir haben jetzt um **11.00 Uhr** mit einer halbstündigen **ersten Informations-Phase** begonnen, daran schließt sich eine Gesprächsphase an.

Um **12:00 Uhr** beginnt der zweite Block: Eine ca. halbstündige **Kulturphase** mit literarischen Texten und einer Performance und bis zur vollen Stunde Gesprächsmöglichkeit.

Um **13:00 Uhr** folgt der dritte Block mit einer weiteren, **neuen Informationsphase** und in der restlichen Zeit Gesprächsangebot.

Von **14:00 bis 15:00** gibt es noch einmal eine **Kulturphase**.

„Breaking the silence“ oder der müßige Streit um „Henne oder Ei“

Grußwort der Immanuel-Kant-Stiftung

Immanuel Kant schreibt in seiner berühmten Schrift *„Zum ewigen Frieden“* von 1795:

„Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturzustand. Er muss also gestiftet werden.“

Wir Deutschen leben hier nun seit dem 7. September 1949 in einer rechts-staatlichen Ordnung friedlich zusammen, untereinander und mit unseren Nachbarn, und wünschen dies auch allen andern Völkern dieser Erde. Doch davon sind diese teilweise - trotz der UN-Charta und der UN-Menschenrechtskonvention – noch weit entfernt. - WARUM?

Nehmen wir also das Beispiel Israel und Palästina: Israelis und Palästinenser geben sich dafür wechselseitig die Schuld, obwohl es auf beiden Seiten Menschen gab und gibt, die bereit waren oder sind, „den Frieden zu stiften“. Voraussetzung dafür aber ist, dass die Bevölkerungen willens sind, sich zu „vertragen“ und ihre gewählten Vertreter dann auch bereit sind, entsprechende Verträge einzuhalten. Der israelische Ministerpräsident Jitzchak Rabin und Palästinenserführer Jassir Arafat waren dazu bereit und erhielten dafür 1994 zusammen mit dem Israeli Schimon Peres den Friedensnobelpreis.

1995 wurde Rabin von fanatischen israelischen Gegnern im Umfeld des heutigen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ermordet. Letztlich ist seit damals der Friedensprozess nicht mehr glaubhaft weitergeführt worden. Dazu dürften freilich auch die Fanatiker der Hamas auf der palästinensischen Seite mit beigetragen haben. Doch wie kommt man aus dieser Sackgasse wieder heraus? Vermutlich nicht durch einseitige Parteinahme falscher Freunde. Auch nicht durch Scham und Schuldgefühle der Deutschen, deren Altvorderen (mit der Herrschaft der Nazis in ihrem Land und mit deren Juden-Verfolgung, -Vernichtung bzw. – Vertreibung) den Konflikt zwischen beiden Völkern dank der Gründung Israels 1948 erst ausgelöst haben. - Aber auch nicht durch Grundsatzdebatten über die Priorität von „Henne oder Ei“.

Der kürzlich verstorbene, bekannte Freiburger Verfassungsrechtler Ernst Wolfgang Böckenförde wurde in der breiteren Öffentlichkeit durch das sogenannte *„Böckenförde-Diktum bzw. Paradox“* bekannt, in welchem er die Funktionsfähigkeit von Rechtsstaaten wie der Bundesrepublik Dt. in Abhängigkeit von deren Verwurzelung in oft religiös begründeten, moralisch-

ethischen Haltungen und Praktiken der jeweiligen Bevölkerung sah. Im Israel-Palästina-Konflikt aber **scheinen** die Religionen (oder zumindest deren offizielle Vertreter) eher Hindernisse auf dem Weg zum Frieden zu bilden.

Deshalb empfehle ich noch einmal **Immanuel Kant** zu befragen: In seinen "*Vorarbeiten zum öffentlichen Recht*" heißt es vermittelnd: „(...) indem wenn die Gesetze äußerlich die Freyheit sichern die Maximen aufleben können sich auch innerlich nach Gesetzen zu regieren und umgekehrt diese wiederum dem gesetzlichen Zwange durch ihre Gesinnungen den Einfluß erleichtern so daß friedliches Verhalten unter öffentlichen Gesetzen und friedfertige Gesinnungen [...] also Legalität u. Moralität in dem Friedensbegriffe den Unterstützungspunct des Überschritts von der Rechtslehre zur Tugendlehre antreffen.“

Mit anderen Worten: **Legalität wie Moralität** bedingen einander gegenseitig und bedürfen für ihr Wirken des **Friedens** als einer sie ermöglichenden *Existenzgrundlage*. Wer also bereit ist, „sich zu vertragen“, muss sich zuallererst an die entsprechenden **Verträge** halten, dann erst kann jeder Einzelne auch dem kategorischen Imperativ folgen, der in der Sprache der Bibel, etwa mit *Matthäus 7 Vers 12*, lautet: „**Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ... ihnen auch!**“

Trump, Netanjahu und Konsorten setzen auf Gewalt, auf das Recht des Stärkeren, auf Ängste und negative Emotionen ihrer Mitläufer. Wir aber sollten pochen auf die **Stärke des Rechts** und der **Vernunft** und unseren Leisetretern in Politik und Kirchen zurufen: Lasst uns aufstehen für den Frieden, gegen das Unrecht von Annexion; gegen Apartheid-Unterdrückung, militärische Einschüchterung, strukturelle Gewalt und religiös verbrämten Hass.

Habet Mut, Euch Eurer Vernunft zu bedienen! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! - Vor allem aber: Brecht das korrumpierte Schweigen eines kollektiven schlechten Gewissens oder gar einer heimlichen Kumpaneil!

Der Schlachtruf von *Fridays for Future* passt auch für die Friedensbewegung: „Wir sind hier, wir sind laut, weil Ihr uns die Zukunft klaut!“ **Denn Zukunft gibt es nur für eine demokratisch-rechtsstaatlich organisierte Gemeinschaft aller Weltbürger! BLACK LIVES MATTER! ALL LIVES MATTER!** Leben - in Freiheit, Würde und wechselseitigem Respekt!

(B. Lange, 27.06.2020)

„Nicht in unserem Namen!“
Kundgebung wegen der Annexion palästinensischer Gebiete durch die israelische Regierung am 27. Juni 2020 auf dem Freiburger Augustinerplatz

11.00 Uhr Info-Phase 1:

Musik und Gedichtauszug „Mural“ / Mahmoud Darwish

Begrüßung, Hinweise, Einführung

Interview mit Yehuda Shaul / Breaking the Silence

Grußwort von Berthold Lange, Immanuel-Kant-Stiftung

Anschließend: 1. Gesprächsphase

12.00 Uhr Kulturphase 1 mit kurzer Ansage:

Gedicht Mati Shmuelof „Warum ich keine israelischen Liebesgedichte schreibe“

Performance „Lebendige Skulpturen“

Prosatext Hilde Domin „Ein neuer Anfang ist möglich ...“

Anschließend: 2. Gesprächsphase

13.00 Uhr Info-Phase 2 mit kurzer Ansage:

Combatants for Peace - ein Israeli und ein Palästinenser geben ein Statement

„Sagt nicht, Ihr hättet nichts gewusst!“ – Stellungnahme der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost

Spiegel-Interview mit Jean Asselborn über die Gefahren der Annexion

Brief des Weltkirchenrates und der Nahostkirchen an die europäischen Außenminister

Anschließend: 3. Gesprächsphase

14.00 Uhr Kulturphase 2 und Abschluss

Gedicht Shmuelof

Performance „Lebendige Skulpturen“

Gedicht Hilde Domin

Noch einmal: Combatants for Peace

Noch einmal: Interview Asselborn

Dank und Aufforderung, Impuls und Informationen weiterzutragen